

Hamburg, 16. Mai 2018

Pressemitteilung zu
Mieterhöhungen bei der SAGA
vom Netzwerk Recht auf Stadt Hamburg

Stadtentwicklungssenatorin Dorothee Stapelfeldt hat gestern angekündigt, die Mieten bei der städtischen Wohnungsbaugesellschaft SAGA nicht einfrieren zu wollen. Dies hatten Politiker*innen von CDU und Linkspartei gefordert.

Die Begründung ist absurd und gleichzeitig einleuchtend: Da zur Berechnung des Mietenspiegel lediglich Mieten einbezogen werden, die sich in den vorausgegangenen vier Jahren verändert haben, würden die verhältnismäßig moderat steigenden SAGA-Mieten den Anstieg des Mietenspiegels dämpfen. Würden die Mieten bei allen SAGA-Wohnungen eingefroren, würden lediglich die oft drastisch erhöhten Mieten privater Akteure auf dem Immobilienmarkt in den Mietenspiegel einfließen. Das Netzwerk Recht auf Stadt Hamburg kritisiert seit langem die Berechnungsgrundlage des Mietenspiegels. Tatsächlich orientiert die Linksfraktion nicht auf einen Mietenstopp, sondern auf eine "geringe Mieterhöhung, die maximal bis zu dem Wert des jährlichen Verbraucherpreisindex geht". Dadurch wird diese dann verändert, aber immer noch unterdurchschnittlichen Mieten in die Berechnung des Mietenspiegels eingehen.

Petra Barz, aktiv im Netzwerk Recht auf Stadt Hamburg, sagt dazu: "Solange nur Mieten mit einberechnet werden, die sich verändert haben, handelt es sich bei dem Instrument in Wahrheit um einen Mieterhöhungsspiegel. Wir fordern, dass die gesetzliche Grundlage zur Berechnung des Mietenspiegels verändert wird. Auch Bestandsmieten müssen in den Mietenspiegel einfließen!"

Das von Dorothee Stapelfeldt benannte Problem weist auf die Absurdität der aktuellen Mietenpolitik hin: SAGA-Mieten sollen nach Meinung des Senats erhöht werden, damit die Mieten in der gesamten Stadt weniger stark steigen. Das Netzwerk Recht auf Stadt Hamburg zeigt auf, dass es auch anders gehen kann: „Solange die Grundlage für die Berechnung des Mietenspiegels nicht verändert wird, gibt es eine Möglichkeit, wie die Stadt über die SAGA dämpfend auf die Mietentwicklung einwirken kann: "Mieten runter bei allen SAGA-Wohnungen!" sagt Florian Kasiske, aktiv im Netzwerk Recht auf Stadt Hamburg. Angesichts von Gewinnen in Höhe von über 100 Millionen Euro, die die SAGA auf Kosten der Mieter*innen erwirtschaftet, sollte das kein Problem sein.

Um ein Zeichen für eine solidarische und soziale Wohnungspolitik zu setzen mobilisiert das Netzwerk Recht auf Stadt Hamburg gemeinsam mit rund 100 Gruppen und Initiativen zum "MIETENmove!" am 2. Juni in Hamburg. Treffpunkt ist um 13:00 Uhr am Spielbudenplatz in St. Pauli. Mehr Infos zum "MIETENmove!" unter: www.mietenmove.org

Weitere Informationen:

www.rechtaufstadt.net

Pressekontakt:

Sprecher*innenrat vom

Netzwerk Recht auf Stadt Hamburg

E-Mail: info@rechtaufstadt.net

Telefon: 0152 27 26 63 45